

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 17.04.2008	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Dez. I Amt 15 ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Nichtöffentlich: ☐	Vorlage-Nr. 2008/0176 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Durchführung einer Bürgerumfrage in der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Vorlage vom: 11.04.2008

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat beauftragt das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung mit der Vorbereitung einer Bürgerumfrage im Jahr 2009 in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Der für die Bürgerumfrage vorgesehene Fragebogen wird dem Magistrat Anfang 2009 zur Zustimmung vorgelegt. Die für die Bürgerumfrage notwendigen Mittel werden in den Haushalt für 2009 eingestellt.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage „Bürgerumfrage in der Wissenschaftsstadt Darmstadt 2009“

Die in 2006 durchgeführte Bürgerumfrage war hinsichtlich der Beteiligung der Bevölkerung und der erzielten Ergebnisse ein großer Erfolg. Die Bürgerumfrage diene mehreren Zwecken:

- der Überprüfung der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung
- der Überprüfung und ggf. Verbesserung des Dienstleistungsangebots der Stadtverwaltung
- der Erhebung der Lebensqualität in der Stadt aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger
- der Gewinnung wichtiger Planungsdaten für die Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Die repräsentative Bürgerumfrage hat eine neue Qualität in der Beteiligung der Bürgerschaft an der Modernisierung der Verwaltung, des Praktizierens von Bürgernähe und der Umsetzung von Bürgerwünschen durch Verwaltung und Politik ergeben.

Die Bürgerumfrage hat ferner stadtteilbezogene Aussagen der Bürgerinnen und Bürger zur Lebensqualität in Darmstadt ermöglicht. Wichtige, bisher sonst nicht feststellbare Struktur- und Grunddaten wurden für die weitere Stadtentwicklung und Stadtplanung erhoben, die Aussagen zu Themengebieten wie demografische Entwicklung, Bildung, Infrastrukturversorgung, Wohnen u.a. verbessert oder erst ermöglicht haben.

Die Ergebnisse der in 2006 durchgeführten Bürgerumfrage wurden in mehreren Publikationen veröffentlicht, insbesondere in den Statistischen Mitteilungen 1/2006 (Ergebnisse der Gesamtstadt) und in den Statistischen Mitteilungen 1/2007 (Ergebnisse der Stadtteile).

Bei allen positiven Ergebnissen, die aus einer einmaligen Bürgerumfrage gezogen werden können, ist es unumgänglich festzustellen, dass erst die kontinuierliche Wiederholung und Weiterentwicklung dieses modernen statistischen Instruments über die Bildung von Vergleichen und Zeitreihen eine Nachhaltigkeit und den vollen Vorteil für die Stadt erbringt. Erst die Wiederholung der Bürgerumfrage wird die Entwicklungsbeobachtung städtischer Teilräume, in demografischer, infrastruktureller oder lebensweltlicher Hinsicht ermöglichen. Beispiele dafür sind die jährlich durchgeführten Bürgerumfragen z. B. in Frankfurt am Main und Wiesbaden. Auch die EU-Kommission wird - nach gegenwärtigem Stand - im Herbst 2008 eine EU-weite, koordinierte Bürgerumfrage für 2009, wie bereits in 2005/2006 geschehen, den europäischen Großstädten empfehlen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Bürgerumfrage in 2009 (d. h. nach drei Jahren) verfeinert und weiterentwickelt zu wiederholen.

Die Bürgerumfrage soll als repräsentative Umfrage durch Ziehung einer Stichprobe aus dem Melderegister durchgeführt werden. Das Bürger- und Ordnungsamt stellt die erforderlichen Adressen für die Durchführung der Umfrage zur Verfügung. Die Bürgerumfrage wird in der abgeschotteten Statistikstelle im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung - unter Berücksichtigung der entsprechenden Datenschutzbestimmungen - durchgeführt. Ergebnisse der Bürgerumfrage werden – wie in 2006 - durch Publikationen und durch die Veröffentlichung der Ergebnisse im Internet der interessierten Bevölkerung zugänglich gemacht.

Der für die Bürgerumfrage vorgesehene Fragebogen wird dem Magistrat Anfang 2009 zur Zustimmung vorgelegt. Die für die Bürgerumfrage notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 Euro werden in die Haushaltsberatungen für 2009 eingeplant.

Darmstadt, den 10.04.2008
Dezernat I

Dezernat II

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister